

**Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss**

### **E i n l a d u n g**

**Gremium: Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss - öffentlich**

**Sitzungstermin: Montag, 06.06.2005, 16:00 Uhr**

**Ort, Raum: Ratssaal des Rathauses**

**Rastede, den 25.05.2005**

**1. An die Mitglieder des Kinder-, Jugend- und Sozialausschusses**

2. nachrichtlich an die übrigen Mitglieder des Rates

**Hiermit lade ich Sie im Einvernehmen mit der Ausschussvorsitzenden zu einer Sitzung mit öffentlichen Tagesordnungspunkten ein.**

### **Tagesordnung:**

#### **Öffentlicher Teil**

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung**
- TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 23.11.2004**
- TOP 4 Sachstandsbericht Umsetzung Hartz IV  
Vorlage: 2005/120**
- TOP 5 Bedarfsplanung Kindertagesstätten  
Vorlage: 2005/128**
- TOP 6 Befristete Verlängerung Integrative Gruppe im Kindergarten Neusüdende  
Vorlage: 2005/121**
- TOP 7 Kindergartenentgelte  
Vorlage: 2005/122**
- TOP 8 "Rastede verjüngen - Junge Familien stärken"; Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.09.04  
Vorlage: 2005/126**

**TOP 9     Antrag des Ortsbürgervers Bekaufen, Heubült, Rastederberg, Wapel-  
dorf auf Bau eines Blockhauses zur Nutzung als Jugendraum  
Vorlage: 2005/124**

**TOP 10    Anfragen und Hinweise**

**TOP 11    Schließung der Sitzung**

**Mit freundlichen Grüßen**

**gez. Decker  
Bürgermeister**

## Mitteilungsvorlage

**Vorlage-Nr.: 2005/120**

freigegeben am 18.05.2005

**GB 2**

Sachbearbeiter/in: Sundermann, Fritz

**Datum: 18.05.2005**

### **Sachstandsbericht Umsetzung Hartz IV**

**Beratungsfolge:**Status

Ö

Datum

06.06.2005

Gremium

Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss

**Beschlussvorschlag:**

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

**Sach- und Rechtslage:**

Die Gemeinde Rastede wurde vom Landkreis Ammerland zur Durchführung bestimmter ihm nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II, „Hartz IV“) und dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) obliegender Aufgaben herangezogen (sh. Vorlage 2004/359).

Im Bereich des SGB II umfasst diese Heranziehung:

- Zahlbarmachung der Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes (sogenanntes Arbeitslosengeld II)
- die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten einschl. der Auszahlung der Mehraufwandsentschädigung (sogenannte 1 €Jobs)
- Geltendmachung von Ersatz- und Erstattungsansprüchen.

Für die entstehenden Personal- und Verwaltungskosten (für im Rahmen der Option übertragene Aufgaben) erhält die Gemeinde eine pauschalierte Erstattung für tatsächlich eingesetztes und erforderliches Personal. Im Haushaltsplan 2005 wurden hierfür 390.000 € als Einnahme veranschlagt.

Im Herbst 2004 wurde kreisweit von 2.824 Bedarfsgemeinschaften (davon 553 in Rastede) ausgegangen. Diese Annahme war Grundlage der Personalausstattungen bei den Gemeinden und dem Landkreis. Tatsächlich befanden sich Ende Januar kreisweit 2.946 Bedarfsgemeinschaften (davon 529 in Rastede) im Leistungsbezug. Durch Neumeldungen und Wechsel aus dem Arbeitslosengeld I heraus hat sich die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften bis Ende April kontinuierlich auf kreisweit 3.338 (davon 609 in Rastede) erhöht. Damit liegt der Landkreis Ammerland im bundesweiten Trend steigender Fallzahlen.

Die Umstellungsarbeiten einschließlich der Erstbescheidung für die bisherigen rd. 280 Sozialhilfeempfänger (jetzige Arbeitslosengeld II-Bezieher) sowie die übrigen rd. 60 Leistungsempfänger nach dem SGB XII konnten termingerecht zum 1.1.2005 abgeschlossen werden.

Für die früheren Arbeitslosenhilfebezieher erfolgte die Erstbescheidung durch die Agentur für Arbeit. Deren Akten wurden in einem größeren Kontingent in der letzten Dezemberwoche 2004 und in weiteren Teillieferungen bis in den Februar 2005 hinein an die Gemeinde übergeben. Leider wurden diese Akten nur in Papierform übergeben, so dass sämtliche Daten von den gemeindlichen Mitarbeiterinnen nochmals erfasst werden mussten. Die Datenerfassung musste zusätzlich zu dem laufenden Tagesgeschäft erledigt werden, konnte daher nur am Freitagnachmittag und Sonnabends erfolgen und hat sich über mehrere Monate hingezogen. Zwischenzeitlich konnten diese Erfassungsarbeiten abgeschlossen werden, ein Abbau der angefallenen Überstunden war aber noch nicht möglich.

Die Leistungen nach dem SGB II sind nur auf Antrag zu gewähren und sollen regelmäßig für sechs Monate bewilligt werden. Zum 1.7.2005 muss daher in den meisten Fällen ein neuer Antrag gestellt werden und eine weitere Bescheidung erfolgen.

Für den Vermittlungsbereich ist für die Gemeinden Rastede und Wiefelstede seit dem 1.2.2005 Herr Wörner als Arbeitsvermittler beim Landkreis Ammerland eingesetzt. Daneben sind bei der Gemeinde Rastede Frau Hörmann und Frau Stahmer im Bereich Arbeitsvermittlung tätig, wobei Frau Hörmann lehrgangsbedingt erst ab Juli 2005 in vollem Umfang zur Verfügung steht. Vorrangig werden von den gemeindlichen Arbeitsvermittlern zunächst Bewerberprofile angelegt und sogenannte 1 €Jobs akquiriert und besetzt. Bis Ende April 2005 konnten kreisweit 95 Personen (davon 19 aus Rastede) in den 1. Arbeitsmarkt vermittelt werden. Daneben wurden 327 Personen (davon 41 aus Rastede) in 1 €Jobs vermittelt.

Seitens der Bundesregierung wurde den Kommunen durch die Hartz-IV Gesetze eine Einsparung in Höhe von rd. 2,5 Mrd. € in Aussicht gestellt. Da insgesamt mehr bisherige Sozialhilfeempfänger als erwartet in das Arbeitslosengeld II gewechselt sind, wird auf Bundesebene mit einer noch höheren Einsparung für die Kommunen gerechnet. Aufgrund der in den letzten Jahren erfolgreichen Bemühungen des Landkreis Ammerland zur Wiedereingliederung von Sozialhilfeempfängern in den 1. Arbeitsmarkt und damit verbunden einer relativ niedrigen Anzahl von Sozialhilfeempfängern, trifft diese Einsparungserwartung auf den Landkreis Ammerland leider nicht zu. Der Landkreis Ammerland hat in allen Leistungsfällen nach dem SGB II die Kosten der Unterkunft und Heizungskosten zu tragen, wovon ihm lediglich 29,1 % erstattet werden. Eine Reduzierung dieses Erstattungsbetrages ist von der Bundesregierung angedacht und damit eine höhere Belastung für den Landkreis Ammerland zu erwarten.

Insgesamt kann bisher ein positives Fazit bei der Umsetzung in der Gemeinde Rastede bzw. dem Landkreis Ammerland gezogen werden. Allerdings wurde bei der Umsetzung an die räumlichen und personellen Grenzen gestoßen.

### **Finanzielle Auswirkungen:**

Keine.

### **Anlagen:**

Ohne.

## **B e s c h l u s s v o r l a g e**

**Vorlage-Nr.: 2005/128**

freigegeben am 23.05.2005

**GB 2**

Sachbearbeiter/in: Sundermann, Fritz

**Datum: 23.05.2005**

### **Bedarfsplanung Kindertagesstätten**

#### **Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	06.06.2005	Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss
N	07.06.2005	Verwaltungsausschuss
Ö	05.07.2005	Rat

#### **Beschlussvorschlag:**

Der aktuelle Stand der Bedarfsplanung für Kindertagesstätten wird zur Kenntnis genommen.

Für die Kindergärten Hahn-Lehmden und Wahnbek wird der befristeten Einrichtung jeweils einer zusätzlichen Nachmittagsgruppen im Kindergartenjahr 2005/2006 zugestimmt.

Haushaltsmittel werden in Höhe von 5.000 € bei der Haushaltsstelle 4648.718000 – Zuschuss an übrige Bereiche (Diakonisches Werk Wahnbek e.V.) und in Höhe von 5.000 € bei der Haushaltsstelle 4648.718100 – Zuschuss an übrige Bereiche (Diakonisches Werk Hahn-Lehmden e.V.) überplanmäßig bereitgestellt.

#### **Sach- und Rechtslage:**

Gemäß § 24 Sozialgesetzbuch (SGB) VIII hat ein Kind ab dem vollendeten 3. Lebensjahr bis zum Schuleintritt Anspruch auf den Besuch eines Kindergartens. Die näheren Einzelheiten hierzu sind gemäß § 26 SGB VIII durch Landesrecht zu regeln.

Gemäß § 12 Absatz 1 des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder (KiTaG) hat jedes Kind nach Maßgabe des § 24 SGB VIII einen Anspruch auf den Besuch eines Kindergartens. § 12 KiTaG spezifiziert den Anspruch auf einen Platz in einer Vormittagsgruppe in einem möglichst ortsnahen Kindergarten. Soweit ein ausreichendes Angebot an Vormittagsplätzen nicht zur Verfügung steht, kann der Rechtsanspruch auch durch einen gleichwertigen Platz in einer Nachmittagsgruppe oder in einem Kinderspielkreis erfüllt werden. Bei der Entscheidung darüber, ob ein Kind in eine Vormittags- oder eine Nachmittagsgruppe aufgenommen wird, soll die besondere Situation des Kindes und seiner Sorgeberechtigten berücksichtigt werden.

Bedürfen körperlich oder geistig wesentlich behinderte Kinder im Sinne des § 39 Bundessozialhilfegesetz infolge ihrer Behinderung der Hilfe in einer teilstationären Einrichtung, so haben sie einen Anspruch auf einen Platz in einer solchen Einrichtung. Als teilstationäre Einrichtung gilt auch eine integrative Gruppe in einem Regelkindergarten ab einer Betreuungszeit von werktäglich fünf Stunden.

Das Land und die örtlichen Träger wirken gemäss § 3 Abs. 6 KiTaG darauf hin, dass diese Kinder gemeinsam mit nicht behinderten Kindern in einer ortsnahen Kindertagesstätte betreut werden. In einer solchen integrativen Gruppe müssen mindestens 14 und dürfen höchstens 18 Kinder betreut werden, davon mindestens 2 und höchstens 4 behinderte Kinder. Integrationsgruppen sind zur Zeit in den Kindergärten Loy, Marienstraße und Neusüdende eingerichtet. Zum Kindergartenjahr 2006/2007 werden voraussichtlich bis zu neun integrative Plätze frei werden. Die genaue Anzahl lässt sich jedoch erst nach Feststellung der Schulfähigkeit der betreffenden Kinder im Frühjahr 2006 feststellen.

Die Geburtenzahlen betragen pro Kindergartenjahrgang zwischen 223 bis 161 Kinder:

Geboren	01.07.1999-30.06.2000 = 223 Kinder
„	01.07.2000-30.06.2001 = 218 Kinder
„	01.07.2001-30.06.2002 = 186 Kinder
„	01.07.2002-30.06.2003 = 189 Kinder
„	01.07.2003-30.06.2004 = 161 Kinder
„	01.07.2004-24.04.2005 = 114 Kinder

Der stärkste Rückgang bei den Geburtenzahlen zeichnet sich in den nächsten Jahren im Bereich der Kindergärten Marienstraße und Mühlenstraße (Schuleinzugsbereich Kleibrok; sh. Anlage 1) ab.

Die bisher auch vom Landesjugendamt zugrundegelegten Nachfragequoten (75 % der dreijährigen sowie 90% der vier- und fünfjährigen Kinder) sind für den Bereich der Gemeinde Rastede seit einiger Zeit nicht mehr zutreffend. Es ist immer mehr festzustellen, dass für erst im Laufe des Kindergartenjahres dreijährig werdende Kinder verstärkt der Anspruch auf einen Kindergartenplatz und hierbei vor allem auf einen Vormittagsplatz geltend gemacht wird. Hauptursache hierfür ist oftmals die Berufstätigkeit der Erziehungsberechtigten und die nach dem Bundeserziehungsgeldgesetz nur bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres mögliche Elternzeit.

Für die Bedarfsplanung ist aufgrund der jetzigen tatsächlichen Inanspruchnahme von einem Platzbedarf für 100% der fünf- und vierjährigen Kinder, von 90 % der dreijährigen Kinder sowie von 30 % der im Laufes des Kindergartenjahres erst dreijährig werdenden Kinder auszugehen. Diese tatsächliche Inanspruchnahme ist in den Außenbereichen jedoch geringer als im Hauptort Rastede.

Unter Berücksichtigung dieser Vorgaben, der befristeten Verlängerung einer dritten Integrationsgruppe im Kindergarten Neusüdende sowie der befristeten Einrichtung jeweils einer Nachmittagsgruppe in den Kindergärten Hahn-Lehmden und Wahnbek wurden die beiliegenden Ermittlungen des Platzbedarfs für die Kindergartenjahre 2005/2006 bis 2008/2009 erstellt.

Für die beiliegenden Bedarfsberechnungen wurden die Geburtenzahlen im jeweiligen Schuleinzugsbereich in dem sich die Kindertagesstätte befindet zugrundegelegt. Die Grenzen der Schuleinzugsbereiche werden von den Eltern jedoch erfahrungsgemäss wenig beachtet. Für die Auswahl des Kindergartens ist vielmehr die örtliche Nähe und das Vorhandensein eines freien (Vormittags-)platzes entscheidend. Insbesondere für den Hauptort Rastede sind die Einzugsbereiche mit den Kindertagesstätten Am Voßbarg, Marienstraße und Mühlenstraße fließend. Zudem bietet der Kindergarten Mühlenstraße als einzige Kindertagesstätte im gesamten Gemeindebereich eine Ganztagsbetreuung an.

Auch die Waldgruppen bei den Kindergärten Am Voßbarg und Marienstraße stehen für Kinder aus dem gesamten Gemeindebereich offen und verwischen die Einzugsbereiche. Aktuell können zwanzig für die Waldgruppen angemeldete Kinder nicht aufgenommen werden, von denen jedoch siebzehn Kinder einen anderweitigen Betreuungsplatz erhalten haben bzw. drei Kinder ausschließlich für die Waldgruppenbetreuung angemeldet wurden.

Die Planzahlen für das Kindergartenjahr 2005/2006 werden durch die tatsächliche Nachfrage bestätigt. So liegen für die Kindergärten Hahn-Lehmden und Wahnbek Nachfragen nach Kindergartenplätzen in einem solchen Umfang vor, dass jeweils eine zusätzliche Nachmittagsgruppe eingerichtet werden muss.

Die in nächster Zeit für die Bebauung vorgesehenen Gebiete und der hieraus ggf. resultierende zusätzliche Bedarf nach Kindergartenplätzen wurden nicht berücksichtigt. Eine Vielzahl der Interessenten für die Neubaugebiete wohnen bereits jetzt in der Gemeinde Rastede und deren Kinder sind daher in den tatsächlichen Meldezahlen bereits berücksichtigt.

### **Finanzielle Auswirkungen:**

Der gemeindliche Zuschussbedarf für die Kindergärten Hahn-Lehmden und Wahnbek erhöht sich für das Haushaltsjahr 2005 um jeweils rd. 5.000 €. Die übrigen Mehrkosten werden durch erhöhte Zuschüsse des Oberkirchenrates, aus der Landesförderung und den Einnahmen aus zusätzlichen Elternentgelten gedeckt.

### **Anlagen:**

- 1.-4. Voraussichtlicher Bedarf/Überhang Kindergartenplätze 2005/2006 bis 2008/2009
5. Geburtenzahlen 1999 - 2005

## **B e s c h l u s s v o r l a g e**

**Vorlage-Nr.: 2005/121**

freigegeben am 18.05.2005

**GB 2****Datum: 18.05.2005**

Sachbearbeiter/in: Sundermann, Fritz

### **Befristete Verlängerung Integrative Gruppe im Kindergarten Neusüdende**

**Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	06.06.2005	Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss
N	07.06.2005	Verwaltungsausschuss

**Beschlussvorschlag:**

Im Kindergarten Neusüdende wird befristet für das Kindergartenjahr 2005/2006 die Umwandlung einer Regelgruppe in eine integrative Gruppe fortgeführt.

Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Schritte einzuleiten.

**Sach- und Rechtslage:**

Mit Ratsbeschluss vom 27.04.2004 (Vorlage 2004/041) wurde ab dem Kindergartenjahr 2004/2005 eine bestehende Regelgruppe im Kindergarten Neusüdende zunächst befristet für ein Jahr in eine integrative Gruppe umgewandelt. Die Befristung erfolgte, um der weiteren Entwicklung besser begegnen zu können. Durch die Umwandlung der Regelgruppe in eine integrative Kindergartengruppe sind elf bisherige Regelplätze weggefallen (25 Regelplätze abzüglich 14 Regelplätze in der integrativen Gruppe).

Die drei bestehenden Integrationsgruppen in den Kindergärten Loy, Marienstraße und Neusüdende sind voll ausgelastet. Zum Kindergartenjahr 2005/2006 werden voraussichtlich nur insgesamt zwei integrative Plätze im Kindergarten Marienstraße frei werden. Hierdurch bedingt können drei angemeldete Kinder mit Integrationsbedarf nicht aufgenommen werden. Diese Kinder müssen auf andere Einrichtungen ausweichen bzw. die Aufnahme um ein Jahr zurückstellen.

Zum Kindergartenjahr 2006/2007 hingegen werden mindestens zwei und bis zu neun integrative Plätze frei werden. Die genaue Anzahl lässt sich jedoch erst nach Feststellung der Schulfähigkeit der betreffenden Kinder im Frühjahr 2006 feststellen.



**Finanzielle Auswirkungen:**

Die erforderlichen Personal- und Sachkosten sind im Haushaltsplan 2005 veranschlagt.

**Anlagen:**

Keine.

**B e s c h l u s s v o r l a g e****Vorlage-Nr.: 2005/122**

freigegeben am 19.05.2005

**GB 2**

Sachbearbeiter/in: Sundermann, Fritz

**Datum: 19.05.2005****Kindergartenentgelte****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	06.06.2005	Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss
N	07.06.2005	Verwaltungsausschuss

**Beschlussvorschlag:**

Die Entgelte für die kommunalen Kindergärten bleiben unverändert.

**Sach- und Rechtslage:**

In der Gemeinde Rastede werden seit dem 01.08.2000 die Kindergartenentgelte nur noch nach der Zahl der im Haushalt lebenden Kinder und unabhängig vom Einkommen gestaffelt. Der Anteil der Elternentgelte an den haushaltsmäßigen Bruttoausgaben sollte bei rechnerischer Vollauslastung der Plätze 25 % betragen.

Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung wurde im Jahre 2003 eine Steigerung des Elternentgeltanteils auf 26 % im Jahr 2004, auf 27 % im Jahr 2005, auf 28 % im Jahr 2006, auf 29 % im Jahr 2007 und auf 30 % ab dem Jahr 2008 beschlossen. Gleichzeitig wurde beschlossen, dass bei der Kalkulation die Ansätze des Vermögenshaushalts, die kalkulatorischen Kosten und die inneren Verrechnungen außer Betracht bleiben sowie Zuschüsse für die Integrationsgruppen auf die Entgeltquote angerechnet werden.

In Integrationsgruppen werden vom Land Niedersachsen die vollen Personalkosten der heilpädagogischen Fachkraft übernommen. Zusätzlich werden in einem pauschalierten Verfahren 25 % der Personalkosten der sozialpädagogischen Fachkraft zum Ausgleich des geringeren Entgeltaufkommens aufgrund der niedrigeren Platzzahl in Integrationsgruppen übernommen und eine Sachkostenpauschale zur Abgeltung aller weiteren Aufwendungen einschließlich eventueller Fahrtkosten gewährt.

Ebenfalls im Rahmen der Haushaltskonsolidierung 2003 wurde beschlossen, dass bei Gebühren- und Entgeltkalkulationen künftig grundsätzlich die Regiekosten (inneren Verrechnungen) mit in die Kalkulation einfließen sollen.

Der Beschluss zu den Kindergartenentgelten steht im Widerspruch zu diesem Grundsatzbeschluss.

Mit Ratsbeschluss vom 27.04.2004 wurden die Entgelte für die kommunalen Kindergärten mit Wirkung ab dem 01.08.2004 neu festgesetzt, wobei die Regiekosten bei der Kalkulation unberücksichtigt geblieben sind.

Laut **Jahresabschluss 2004** betrugen die Ist-Ausgaben für alle fünf kommunalen Kindergärten 2.025.154,55 €, worin 301.624,73 € Innere Verrechnungen enthalten sind. Die Ist-Einnahmen aus Elternentgelten betrugen 351.742,61 € und aus Zuschüssen für die Integrationsgruppen 129.315,90 €. Unter Berücksichtigung der Zuschüsse für die Integrationsgruppen betrug der Anteil der Elternentgelte 23,75 % der Ist-Ausgaben mit inneren Verrechnungen und 27,91 % der Ist-Ausgaben ohne innere Verrechnungen.

Laut **Haushaltsplan 2005** betrugen die Ist-Ausgaben für alle fünf kommunalen Kindergärten 2.203.200 €, worin 472.600 € Innere Verrechnungen enthalten sind. Die Einnahmen aus Elternentgelten wurden mit 360.000 € und aus Zuschüssen für die Integrationsgruppen mit 152.300 € veranschlagt. Unter Berücksichtigung der Zuschüsse für die Integrationsgruppen beträgt der Anteil der Elternentgelte 23,25 % der Ist-Ausgaben mit inneren Verrechnungen und 27,91 % der Ist-Ausgaben ohne innere Verrechnungen.

Die Vorgabe der Entgeltrichtlinie wurde für 2004 erreicht (Ziel 26 %, Erreicht 27,91 %) und wird für 2005 voraussichtlich ebenfalls erreicht werden (Ziel 27 %, kalkuliert 29,60 %). Dies ist allein auf die zusätzliche Landesförderung für Integrationsgruppen zurückzuführen.

#### **Finanzielle Auswirkungen:**

Keine.

#### **Anlagen:**

Keine.

## B e s c h l u s s v o r l a g e

**Vorlage-Nr.: 2005/126**

freigegeben am 23.05.2005

**GB 2****Datum: 23.05.2005**

Sachbearbeiter/in: Sundermann, Fritz

### **"Rastede verjüngen - Junge Familien stärken"; Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.09.04**

**Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	06.06.2005	Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss
N	07.06.2005	Verwaltungsausschuss

**Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt zu den Punkten 2 (Zuschuss zu den Betreuungskosten) und 3 (Schaffung von 12 Krippenplätzen) des Antrages eine Abstimmung mit dem Landkreis Ammerland zur weiteren Umsetzung herbeizuführen.

**Sach- und Rechtslage:**

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Rastede Verjüngen – Junge Familien stärken“ (sh. Vorlage-Nr. 2004/279) wurde zwischenzeitlich zu Punkt 1 (Richtlinien für die Vergabe von Baugrundstücken) in der Sitzung des Rates vom 14.12.2004 (Vorlage Nr. 2004/274 A), zu Punkt 4 (Orientierungsplan) in den Sitzungen des Verwaltungsausschusses vom 26.10.2004 (Vorlage Nr. 2004/279) bzw. vom 14.12.2004 (Vorlage Nr. 2004/333) und zu Punkt 5 (Zuschuss Mütter- und Familienzentrum) in der Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 26.10.2004 (Vorlage Nr. 2004/279) beraten und beschlossen.

Die Beschlussfassung zu den Punkten 2 (Zuschuss für Tagesmütterbetreuung) und 3 (Schaffung von 12 Krippenplätzen) war zunächst bis zur Verabschiedung des Tagesbetreuungsbaugesetzes (TAG) zurückgestellt worden.

Inzwischen ist zum 01.01.2005 das Gesetz zum qualitätsorientierten und bedarfsgerechten Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder (Tagesbetreuungsbaugesetz – TAG) in Kraft getreten. Hierdurch wird erstmals die

- Kindertagespflege zu einem den Tageseinrichtungen gleichrangigen Angebot aufgewertet und
- die Jugendhilfeträger verpflichtet, für Kinder im Alter unter drei Jahren und im schulpflichtigen Alter ein bedarfsgerechtes Angebot an Plätzen in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege vorzuhalten.

Soweit das für die Erfüllung dieser Verpflichtung erforderliche Angebot am 1.1.2005 nicht gewährleistet werden kann, könne die Jugendhilfeträger beschließen, dass die Verpflichtung erst ab einem späteren Zeitpunkt, spätestens aber ab dem 1.10.2010 erfüllt wird.

Das TAG verzichtet dabei auf den einklagbaren Anspruch auf einen Betreuungsplatz für die unter Dreijährigen. Die Finanzierung soll durch die Entlastung der Kommunen durch Hartz IV sichergestellt sein.

Träger der öffentlichen Jugendhilfe ist der Landkreis Ammerland. Die Gemeinde Rastede nimmt – wie alle Ammerlandgemeinden – durch öffentlich-rechtlichen Vertrag mit dem Landkreis aus 1995 "im bisherigen Umfang örtliche Aufgaben der Jugendhilfe auf den Gebieten der Jugendarbeit einschließlich Förderung der Jugendverbände gemäß § 11, 12 SGB VIII sowie der Förderung der Kinder in Tageseinrichtungen gemäß § 22 SGB VIII mit Ausnahme der wirtschaftlichen Jugendhilfe nach § 90 Abs. 3 SGB VIII wahr. Sie schaffen in ihrem Gebiet eine ausreichende Zahl von Kindergartenplätzen".

"Die Bereitstellung von Tagespflegestellen gemäß § 12 Abs. 4 des Nieders. Kindertagesstättengesetzes obliegt den Gemeinden" (= Erfüllung Rechtsanspruch bei unvorhergesehenem Bedarf.). Um diese Aufgabe sicherstellen zu können, wird den beiden in der Gemeinde Rastede gebildeten Tagesmuttergruppen "Pinguine" und "BAGIRA Tagesmütter in Rastede e.V." von der Gemeinde seit dem Jahr 2000 ein jährlicher Zuschuss in Höhe von zur Zeit 350 Euro jährlich gewährt.

Die Förderung der Kindertagespflege umfasst nach Artikel 1 § 23 des TAG die Vermittlung des Kindes zu einer geeigneten Tagespflegeperson, deren fachliche Beratung, Begleitung und weitere Qualifizierung sowie die Gewährung einer laufenden Geldleistung. Die Geldleistung umfasst die Erstattung angemessener Kosten der Tagespflegeperson für den Sachaufwand, einen angemessenen Beitrag zur Anerkennung ihrer Förderungsleistung und die Erstattung nachgewiesener Aufwendungen für Beiträge zur Unfallversicherung sowie die hälftige Erstattung der Aufwendungen zu einer angemessenen Alterssicherung der Tagespflegeperson.

Aufgrund seit längerer Zeit gültiger Richtlinien übernimmt der Landkreis Ammerland die Kosten der Tagespflege in Einzelfällen. In der Regel erfolgt die Kostenübernahme für Allein-erziehende, die aus der Sozialhilfe heraus wieder in ein Arbeitsverhältnis wechseln wollen oder sich in Ausbildung befinden.

Von einigen Gemeinden werden den Eltern bereits jetzt Zuschüsse zu den Betreuungskosten in einer Tagespflegestelle gewährt. Die Höhe entspricht hierbei dem von der Gemeinde sonst zu tragenden Anteil bei der Betreuung in einer Kindertagesstätte.

Die im TAG enthaltenen neuen Aufgaben hinsichtlich der Tagespflege sind von der Vereinbarung mit dem Landkreis nicht abgedeckt und obliegen daher dem Landkreis Ammerland.

Der Landkreis Ammerland wird am 26.05.2005 im Jugendhilfeausschuss über die Umsetzung des Tagesbetreuungsausbaugesetzes im Landkreis Ammerland beraten und eine Beschlussfassung zu § 24 a SGB VIII (stufenweiser Ausbau bis spätestens zum 1.10.2010) herbeiführen.

Nach allgemeiner Einschätzung wird ein Betreuungsbedarf für Kinder im Alter von 0 bis unter 3 Jahren von 10 % angenommen. Zum 31.12.2003 lebten in der Gemeinde Rastede 524 Kinder dieser Altersgruppen, entsprechend ist von einem Bedarf für 52 Kinder auszugehen. Hierfür können 47 Plätze in den beiden Tagespflegevereinen angeboten werden. Eine Umwandlung von Kindergartenplätzen aufgrund zurückgehender Geburtenzahlen in Krippenplätze am Vormittag wird für die Gemeinde Rastede frühestens ab dem Kindergartenjahr 2007/2008 möglich sein.

Für Kinder im schulpflichtigen Alter konnte bisher keine deutliche Nachfrage verzeichnet werden.

#### **Finanzielle Auswirkungen:**

Können erst nach erfolgter Abstimmung mit dem Landkreis Ammerland ermittelt werden.

#### **Anlagen:**

Keine

## B e s c h l u s s v o r l a g e

**Vorlage-Nr.: 2005/124**

freigegeben am 20.05.2005

**GB 2**

Sachbearbeiter/in: Stefan Unnewehr

**Datum: 20.05.2005**

### **Antrag des Ortsbürgervereins Bekhausen, Heubült, Rastederberg, Wapeldorf auf Bau eines Blockhauses zur Nutzung als Jugendraum**

**Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	06.06.2005	Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss
N	21.06.2005	Verwaltungsausschuss

**Beschlussvorschlag:**

Dem Antrag des Ortsbürgervereins Bekhausen, Heubült, Rastederberg, Wapeldorf auf Bau eines Blockhauses und der anschließenden Nutzung als Jugendraum wird nicht entsprochen.

**Sach- und Rechtslage:**

Der Ortsbürgerverein Bekhausen, Heubült, Rastederberg, Wapeldorf hat mit Schreiben vom 22.03.2005 einen Antrag auf Finanzierung und Einrichtung eines Blockhauses auf dem Sportplatz in Wapeldorf gestellt. Der Verein möchte in Zusammenarbeit und in Eigenleistung mit den örtlichen Jugendlichen ein Blockhaus (5x5m) errichten, dass mit einer Teeküche, Inneneinrichtung und Sitzecke als Jugendraum in Wapeldorf dienen soll.

Nach Schätzungen des Ortsbürgervereins und unter Einbringung von Eigenleistungen belaufen sich die Kosten auf ca. 6.850 EUR.

Begründet wird der Antrag damit, dass in den Ortsteilen Bekhausen, Heubült, Rastederberg und Wapeldorf keine Räumlichkeiten für Jugendliche zur Verfügung stehen und sich eine größere Anzahl Jugendlicher bereits privat trifft.

Die Verwaltung hat den Antrag zum Anlass genommen, um zu prüfen, ob ein Bedarf an einem zusätzlichen Jugendraum besteht und ob gegebenenfalls vorhandene Räumlichkeiten zur Bedarfsdeckung genutzt werden können.

Die Jugendpflege der Gemeinde Rastede sieht zum jetzigen Zeitpunkt nicht die dringende Notwendigkeit zur Erstellung eines Jugendraumes in Wapeldorf. Eine feste Jugendgruppe hat sich bisher nicht in Wapeldorf oder den angrenzenden Ortsteilen etabliert. Seitens der Jugendpflege wird deshalb empfohlen, eine Jugendgruppe zunächst in betreuten Räumen zu installieren und sie mit den dortigen Regeln und deren Einhaltung „üben“ zu lassen. Hier kann sich dann herauskristalisieren, wie viele Jugendliche überhaupt dauerhaft an einer Jugendgruppe teilnehmen möchten und auch bereit sind, Verantwortung zu übernehmen.

Diese Vorgehensweise hat sich zum Beispiel in Delfshausen bewährt. Die dortige Gruppe hat in einem Zeitraum von ca. 2 Jahren bewiesen, dass Interesse an regelmäßigen Zusammenkünften und gemeinsamen Aktivitäten besteht, und dann in Eigeninitiative das Projekt Jugendraum in Angriff genommen. Selbstverständlich ist es aus Sicht der Jugendpflege und der Verwaltung immer wünschenswert, wenn Jugendlichen Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden, in denen Treffs und Jugendgruppenarbeit möglich sind. Um allerdings die Akzeptanz der Jugendlichen für die zu schaffenden Räumlichkeiten zu erhalten, ist es wichtig, sie frühzeitig in die Planungen, Gestaltungen und die Bauarbeiten einzubeziehen. Wegen der noch fehlenden Gruppenkonstellation ist das in Wapeldorf praktisch nicht möglich.

Der Ortsverein Wapeldorf verwaltet das Dorfgemeinschaftshaus, das direkt neben dem Sportplatz in Wapeldorf belegen ist. Das Gebäude verfügt neben einer kleinen Küche über Sanitäranlagen und einen größeren Gruppenraum. Laut Mitteilung der Vorsitzenden des Ortsvereins Wapeldorf, Herrn Dieter Decker, wird das Dorfgemeinschaftshaus durchschnittlich 132 mal pro Jahr genutzt. Pro Monat fallen somit ca. 10 bis 11 Nutzungen an.

Die Einzelnutzungen können der folgenden Tabelle entnommen werden:

<b>Verein</b>	<b>Zeit</b>	<b>Betätigung</b>
Ortsverein Wapeldorf	1x pro Monat am Montag 16.00 – 18.30 Uhr	Kindergruppe
Ortsverein Wapeldorf	1x pro Monat (jeden ersten Montag im Monat) am Abend	Versammlung
Ortsbürgerverein	1x pro Monat (jeden 3. Monat) am Abend	Versammlung
Ortsverein Wapeldorf	3x wöchentlich Dienstag morgens Dienstag abends Donnertag abends	Rückenschule

Bei Betrachtung der Auslastung des vorhandenen Gebäudes wird schnell deutlich, dass noch ausreichend Zeiten vorhanden sind, um im vorhandenen Gebäudebestand eine Jugendgruppenarbeit zu etablieren. Auf Nachfrage hat allerdings der Vorsitzende des Ortsvereins Wapeldorf ausgeführt, dass er zumindest Bedenken hinsichtlich der Verunreinigung der Räumlichkeiten durch Jugendliche hat. Außerdem hat er ausgeführt, dass eine zusätzliche Ausstattung des Gruppenraumes zum Beispiel mit Sofas wegen des geringen Platzes nicht möglich wäre.

Die Verwaltung vertritt die Auffassung, dass Kooperationen, die von der Jugendpflege begleitet werden (sh. Nutzung von Räumlichkeiten der Kirche in Wahnbeck) durchaus harmonisch verlaufen können und nicht automatisch zu Verunreinigungen oder Zerstörungen von Räumlichkeiten führen müssen. Die Notwendigkeit, bereits zum jetzigen Zeitpunkt Investitionen in Höhe von ca. 7.000 EUR für den Bau einer Blockhütte zu tätigen, wird nicht gesehen.



Es wird deshalb vorgeschlagen, dass in Zusammenarbeit mit dem Ortsverein Wapeldorf, dem Ortsbürgervereins Bekhausen, Heubült, Rastederberg, Wapeldorf, der Jugendpflege und der Verwaltung ein praktikables Nutzungskonzept für den vorhanden Gruppenraum erarbeitet wird, dass die Nutzung der vorhandenen Räumlichkeiten durch eine Jugendgruppe ermöglicht. Anschließend wird die Jugendpflege die Initiierung einer Jugendgruppe begleiten.

Die Entscheidung, ob zusätzliche Räumlichkeiten notwendig und sinnvoll sind, sollte mindestens 2 Jahre zurückgestellt werden. Die Verwaltung wird über den Fortgang der Gespräche berichten.

**Finanzielle Auswirkungen:**

keine.

**Anlagen:**

Antrag des Ortsbürgervereins.